DIE MACHT DER GEFÜHLE

DEUTSCHLAND 19 | 19

Foto: Regina Schmeken

**Eine Ausstellung von Ute und Bettina Frevert,
herausgegeben von der Stiftung «Erinnerung, Verantwortung und Zukunft»
und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur,
unter der Schirmherrschaft von Bundesaußenminister Heiko Maas**

Text- und Bild-auszüge

EVZ STIFTUNG ERINNERUNG VERANTWORTUNG ZUKUNFT

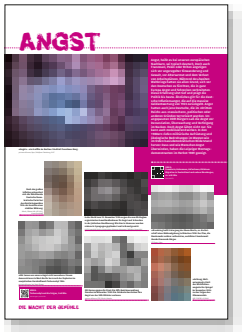
BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG

DIE MACHT DER GEFÜHLE

«Angst» – ein Graffito im Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg.
picture alliance / dpa / Wolfram Steinberg, 2017

Die US-amerikanische Metal-Band Trivium begeistert ihr Publikum auf dem Festival «Rock am Ring» 2014.
imago / Manngold

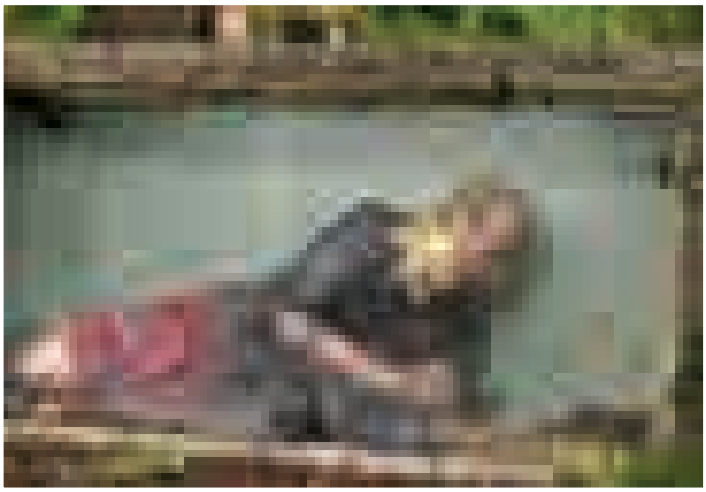
ANGST



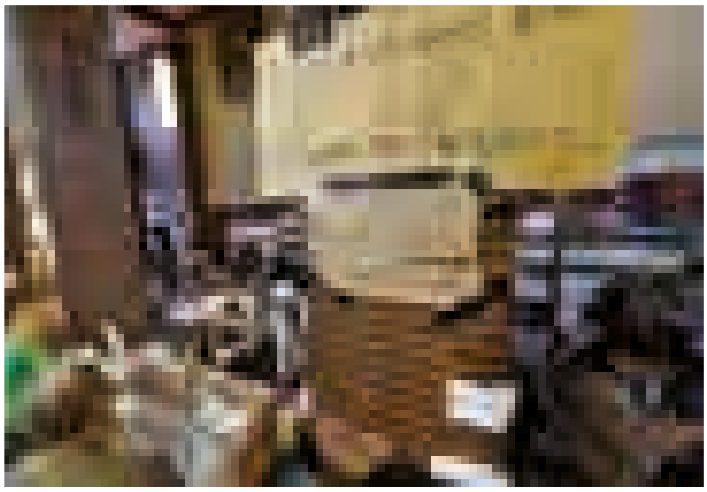
Angst, heißt es bei unseren europäischen Nachbarn, sei typisch deutsch. Doch auch Franzosen, Polen oder Briten ängstigen sich vor ungeregelter Einwanderung und Gewalt, vor Altersarmut und dem Verlust von Arbeitsplätzen. Während des Zweiten Weltkriegs hatten sie allen Grund, sich vor den Deutschen zu fürchten, die in ganz Europa Angst und Schrecken verbreiteten. Diese Erfahrung sitzt tief und prägt die Politik bis heute. Ähnliches gilt für die deutsche Inflationsangst, die auf die massive Geldentwertung von 1923 zurückgeht. Angst hatten auch jene Deutsche, die im «Dritten Reich» aus «rassischen», politischen oder anderen Gründen terrorisiert wurden. Unangepassten DDR-Bürgern saß die Angst vor Denunziation, Überwachung und Verfolgung im Nacken. Doch Angst lähmt nicht nur. Sie kann auch mobilisierend wirken. In den 1980ern riefen militärische Aufrüstung und ökologische Bedrohungen im Westen wie im Osten basisdemokratischen Widerstand hervor. Dass und wie Menschen Angst überwinden, haben die Leipziger Montagsdemonstranten im Herbst 1989 gezeigt.

BEGEISTERUNG

Heutzutage ist kaum nachvollziehbar, warum sich Millionen von den Massenveranstaltungen des Nationalsozialismus mitreißen ließen und ihren «Führer» euphorisch feierten. Nach dem verlorenen Weltkrieg schien die Zeit nationaler Begeisterungsstürme vorbei zu sein, politische Ernüchterung folgte. Erst als die Nationalelf der Bundesrepublik 1954 wider Erwarten die Fußballweltmeisterschaft gewann, brachen die mittlerweile geteilten Deutschen wieder in ungeteilten Jubel aus. Auf das «Wunder von Bern» folgte im Westen das «Wirtschaftswunder», das den Bundesbürgern steigende Arbeitseinkommen und ungeahnte Konsummöglichkeiten bescherte. Derweil versuchte man in der DDR vergeblich, die Mehrheit der Bürger für den Aufbau des Sozialismus zu begeistern. Millionen stimmten mit den Füßen ab und verließen das Land, solange es noch möglich war. Diejenigen, die blieben, konnten sich zumindest über die sportlichen Erfolge bei internationalen Wettkämpfen freuen. Als 1989 die Berliner Mauer fiel, jubelten Ost- und Westdeutsche erstmals wieder gemeinsam.



Ekel als Unterhaltung: Der «Tunnel des Grauens» in der RTL-Fernsehshow «Das Dschungelcamp», 2004.
picture alliance / dpa / RTL / Stefan Menne

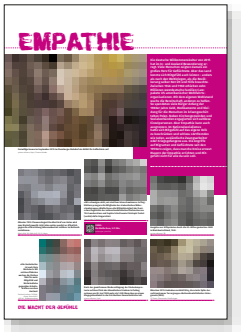


Freiwillige bauen im September 2015 im Flensburger Bahnhof ein Büfett für Geflüchtete auf.
picture alliance / dpa / Carsten Rehder

EKEL

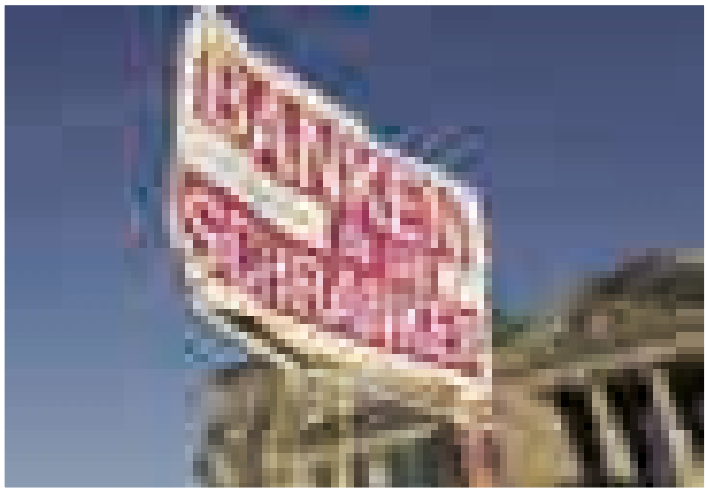
40 Prozent der Deutschen finden es ekelhaft, wenn sich schwule Männer in der Öffentlichkeit küssen. Mit Ekel reagieren Menschen auf das, was sie vorgeblich beschmutzt und vergiftet. Während des Nationalsozialismus wurden Homosexuelle deshalb konsequent «aus dem Volkskörper entfernt». Eine gezielte Ekelpropaganda betrieben Staat und Partei auch gegenüber Juden sowie Sinti und Roma. Indem sie sie als «Parasiten» oder «Eiter» bezeichneten, bereiteten sie ihre «Ausmerzung» und «Ausrottung» vor. Auch die DDR sprach von «Volksschädlingen» und ließ die «Säuberung» des Grenzgebiets 1952 unter dem Codenamen «Aktion Ungeziefer» laufen. Dem Westen warf man Schmutzkultur vor und beschimpfte die Fans der Beatmusik als «ungewaschene Gammler». Mit ähnlichen Ekelparolen drosch der westdeutsche Stammtisch auf linke Studenten als «langbehaarte Affen» ein. Doch als der CSU-Politiker Franz Josef Strauß 1978 kritische Schriftsteller als «Ratten und Schmeißfliegen» verunglimpfte, verbaten sich sogar konservative Zeitungen diese «Mistgabelsprache».

EMPATHIE



Die deutsche Willkommenskultur von 2015 hat im In- und Ausland Bewunderung erregt. Viele Menschen zeigten damals ein großes Herz für Geflüchtete. Aber das Land konnte sich Mitgefühl auch leisten – anders als nach den Weltkriegen, als die Bevölkerung selber Not litt und Hilfe brauchte. Zwischen 1946 und 1960 erhielten zehn Millionen westdeutsche Familien Carepakete US-amerikanischer Wohlfahrtsorganisationen. Mit dem eigenen Wohlstand wuchs die Bereitschaft, anderen zu helfen. So spendeten viele Bürger Anfang der 1980er Jahre Geld, Medikamente und Kleidung für die Menschen im krisengeschüttelten Polen. Neben Kirchengemeinden und Sozialverbänden engagierten sich zahllose Einzelpersonen. Aber Empathie kann auch ausgrenzen. Im Nationalsozialismus hatte sich Mitgefühl auf das eigene Volk zu beschränken und schloss «Artfremde» wie Juden, ausländische Zwangsarbeiter oder Kriegsgefangene aus. Die Angriffe auf Migranten und Geflüchtete seit den 1990ern zeigen, dass manche Kreise erneut Mauern der Empathie errichten und Mitgefühl nicht für alle da sein soll.

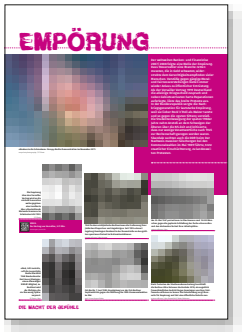
DIE MACHT DER GEFÜHLE



«Banken in die Schranken»: Occupy-Berlin-Demonstration im November 2011.
SZ Photo / snapshot-photography / Tobias Seeliger

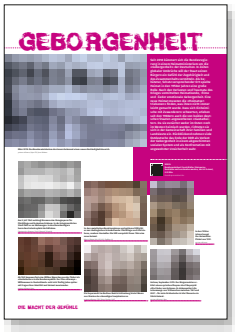
März 2018: Das Bundesministerium des Innern bekommt einen neuen Zuständigkeitsbereich.
picture alliance / dpa-ZB / Jens Büttner

EMPÖRUNG



Der weltweiten Banken- und Finanzkrise 2007/2008 folgte eine Welle der Empörung. Dass Steuerzahler eine Branche retten mussten, die in Geld schwamm, widerstrebte dem Gerechtigkeitsempfinden vieler Menschen. Verstöße gegen gängige Moral- und Fairnessvorstellungen bieten immer wieder Anlass zu öffentlicher Entrüstung. Als der Versailler Vertrag 1919 Deutschland die alleinige Kriegsschuld zusprach und neben Gebietsverlusten harte Reparationen auferlegte, löste das breite Proteste aus. In der Bundesrepublik sorgte die Nachkriegsgeneration für lautstarke Empörung, weil sie lieber Rock'n'Roll als Walzer tanzte und so gegen die «guten Sitten» verstieß. Die Studentenbewegung der späten 1960er Jahre nahm Anstoß an dem Schweigen der Älteren über die NS-Zeit und kritisierte, dass nur wenige Verantwortliche nach 1945 zur Rechenschaft gezogen worden waren. Skandale suchten auch die DDR heim: Der Nachweis massiver Fälschungen bei den Kommunalwahlen im Mai 1989 führte, trotz staatlicher Einschüchterung, zu landesweiten Protesten.

GEBORGENHEIT

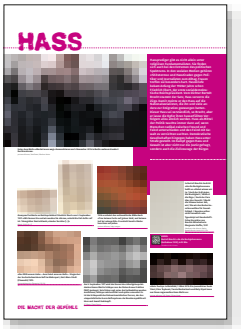


Seit 2018 kümmert sich die Bundesregierung in einem Heimatministerium um die «Geborgenheit» der Deutschen. In Zeiten globaler Umbrüche will der Staat seinen Bürgern ein Gefühl der Zugehörigkeit und des Zusammenhalts vermitteln. Als behüteter, Schutz versprechender Ort spielte Heimat in den 1950er Jahren eine große Rolle. Nach den Verlusten und Traumata des Krieges vermittelten Heimatkunde, -filme und -lieder emotionale Geborgenheit. Eine neue Heimat mussten die «Heimatvertriebenen» finden, was ihnen nicht immer leicht gemacht wurde. Dass sich Einheimische mit Zuwanderern schwertun, erleben seit den 1960ern auch die von beiden deutschen Staaten angeworbenen «Gastarbeiter». Da sie zunächst weder im Osten noch im Westen heimisch wurden, richteten sie sich in der Gemeinschaft ihrer Familien und Landsleute ein. Rückblickend nehmen viele Ostdeutsche das Ende der DDR als Verlust der Geborgenheit in einem abgeschirmten sozialen System und als Konfrontation mit ungewohnter Unsicherheit wahr.

Unter dem Motto «Merkel muss weg» demonstrieren am 5. November 2016 in Berlin mehrere Hundert Rechtsextreme.
picture alliance / NurPhoto / Markus Heine

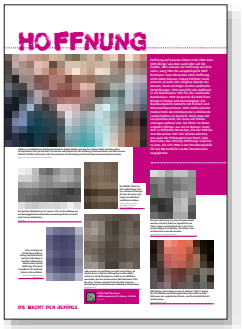
Selfies von Geflüchteten mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, wie das des Irakers Shaker Kedida, gehen im September 2015 um die Welt. Sie werden zum Symbol für die Hoffnung Schutzsuchender auf eine bessere Zukunft. Kritiker befürchten, die Fotos könnten als Einladung nach Deutschland missverstanden werden.
picture alliance / dpa / Bernd von Jutrczenka

HASS



Hassprediger gibt es nicht allein unter religiösen Fundamentalisten. Sie finden sich auch bei den Extremen des politischen Spektrums. In den sozialen Medien gehören «Shitstorms» und Hasstiraden gegen Politiker und Journalisten zum Alltag, Frauen treffen sie besonders hart. Hassbriefe bekam Anfang der 1920er Jahre schon Friedrich Ebert, der erste sozialdemokratische Reichspräsident. Vom Dichter Bertolt Brecht stammt der Satz, Hass verzerre die Züge. Damit meinte er den Hass auf die Nationalsozialisten, die ihn und viele andere zur Emigration gezwungen hatten. Dieser Hass sei verständlich, so Brecht, aber er lasse die Opfer ihren hasserfüllten Verfolgern allzu ähnlich werden. Hass als Mittel der Politik tauchte immer dann auf, wenn Menschen radikal zwischen Freund und Feind unterschieden und den Feind mit Gewalt zu vernichten suchten. Demokratische Gesellschaften hingegen haben Hass unter Strafe gestellt. Im Kampf gegen Hass und Gewalt ist aber nicht nur die Justiz gefragt, sondern auch die Zivilcourage der Bürger.

HOFFNUNG



Hoffnung auf bessere Zeiten trieb 1989 viele DDR-Bürger aus dem Land oder auf die Straße. «Wir müssen vor Hoffnung verrückt sein», sang 1982 der ausgebürgerte Wolf Biermann. Dass Menschen ohne Hoffnung nicht leben können, haben Politiker rasch erkannt. Je mehr der religiöse Glaube verblasste, desto wichtiger wurden politische Verheißungen. 1919 stand für den Aufbruch in die Demokratie, 1933 für die «nationale Revolution». 1949 versprach die DDR ihren Bürgern Frieden und Gerechtigkeit. Die Bundesrepublik konterte mit Freiheit und Wirtschaftswachstum. 1990 stellte Kanzler Helmut Kohl den Ostdeutschen «blühende Landschaften» in Aussicht. Doch wem viel versprochen wird, der muss auf Enttäuschungen gefasst sein. Sie fielen im Osten ungleich heftiger aus als im Westen. Unter den 2,7 Millionen Menschen, die der DDR bis zum Mauerbau 1961 den Rücken kehrten, war auch der Philosoph Ernst Bloch. Sein Buch über das «Prinzip Hoffnung» inspirierte jene, die sich 1968 in der Bundesrepublik für das Wunschbild «realer Demokratie» engagierten.

DIE MACHT DER GEFÜHLE

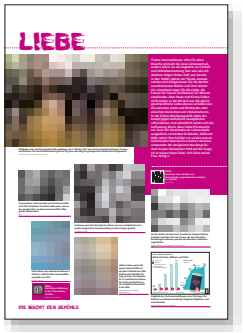
Mitglieder einer Schützengesellschaft empfangen am 2. Oktober 2017 das frisch verheiratete Ehepaar im Hammer Rathaus. Der Deutsche Bundestag hat am Tag zuvor den Weg für gleichgeschlechtliche Ehen freigemacht.

picture alliance / Ina Fassbender / dpa

Neid auf das Geld der anderen: Die Dokusoap «Die Geissens – Eine schrecklich glamouröse Familie» stellt einen Millionärshaushalt zur Schau.

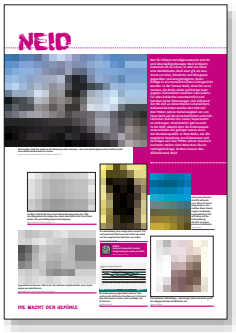
picture alliance / picturedesk.com / Ricardo Herrgott, 2011

LIEBE



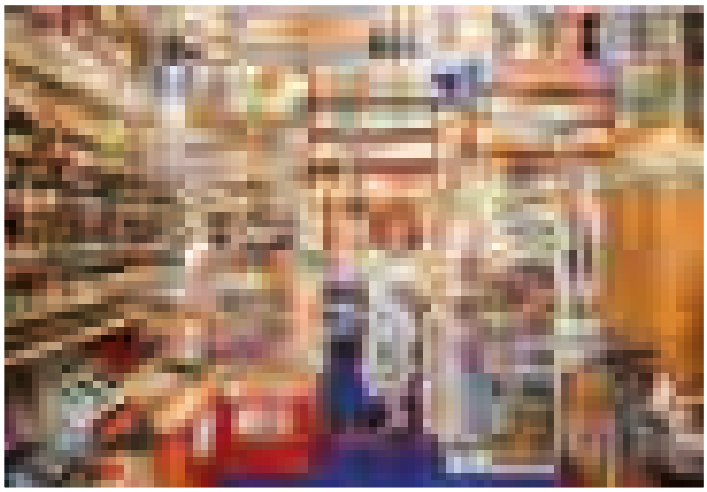
Tinder, Partnerbörsen, «Ehe für alle»: Manche schreckt die neue Liebeswelt ab, andere feiern sie als Zugewinn an Freiheit und Selbstbestimmung. Wer wen wie mit welchen Folgen lieben darf, war bereits in den 1920er Jahren ein Thema. Damals setzten sich Zeitgenossen für die Rechte unverheirateter Mütter und ihrer Kinder ein, manchmal sogar für die Liebe, die Frauen für Frauen und Männer für Männer empfanden. Aber Staat und Kirche ließen nicht locker. In der NS-Zeit war die gleichgeschlechtliche Liebe ebenso verboten wie die zwischen Juden und Nichtjuden oder zwischen Deutschen und «Ostarbeitern». In der frühen Bundesrepublik tobte der Kampf gegen katholisch-evangelische «Mischehen». Erst allmählich setzte sich die Auffassung durch, dass Liebe Privatsache sei. Auch der Staat hatte als Liebesobjekt ausgedient, zumindest im Westen. Während DDR-Lehrer ihre Schüler zur «Liebe zum sozialistischen Vaterland» erziehen mussten, antwortete der designierte Bundespräsident Gustav Heinemann 1969 auf die Frage, ob er seinen Staat liebe: «Ich liebe meine Frau, fertig.»

NEID



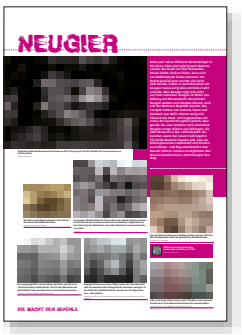
Wer für höhere Vermögenssteuern eintritt und übermäßige Manager-Boni kritisiert, bekommt oft zu hören, er oder sie führe eine Neiddebatte. Neid aber gilt als Ausdruck von Gier, Schwäche und Missgunst gegenüber «Leistungsträgern», deren Erfolge in ein moralisch trübes Licht gerückt werden. In der Tat war Neid, ohne ihn so zu nennen, ein Motiv vieler politischer Kampagnen. Antisemiten machten «die Juden» für alles Schlechte verantwortlich und kannten keine Hemmungen, sich während der NS-Zeit an deren Besitz zu bereichern. Antiamerikanisten werfen den USA seit den 1920er Jahren Kulturlosigkeit vor, um ihren Neid auf die wirtschaftlichen und militärischen Stärken der neuen Supermacht zu verbergen. «Sozialneid» gab es auch in der DDR, obwohl dort die Einkommensunterschiede viel geringer waren als in der Bundesrepublik. In dem Maße, wie die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen seit den 1990er Jahren drastisch zunimmt, stellen viele Menschen die Gerechtigkeitsfrage. Andere nennen das, diffamierend, Neid.

Im Berliner Naturkundemuseum bestaunen im Mai 2016 Jung und Alt den Schädel des Tyrannosaurus rex «Tristan Otto».
Regina Schmeken



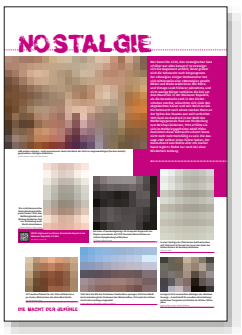
«Wir wollen erinnern – nicht provozieren!» lautet das Motto des 2004 in Langenweddingen (Sachsen-Anhalt) gegründeten «Ostalgie-Kabinetts».
picture alliance / dpa-ZB / Peter Gercke

NEUGIER


NEUGIER

Jedes Jahr reisen Millionen Bundesbürger in die Ferne. Viele sind «gierig nach Neuem», suchen den Bruch mit dem Vertrauten. Reisen bildet, hieß es früher, als es sich nur Wohlhabende leisten konnten. Der Nationalsozialismus machte sich beim Volk beliebt, indem er auch Menschen mit knapper Kasse auf große und kleine Fahrt schickte. Aber Neugier zeigt sich nicht nur beim Verreisen. Neugier ist Motor von Bildung und Wissenschaft. Wie Schulen Neugier wecken und erhalten können, wird seit der Weimarer Republik erprobt. Das stumpfe Pauken von Formeln, Daten und Vokabeln war dafür ebenso wenig zielführend wie Denk- und Frageverbote. Zur Ironie der Geschichte gehört jedoch, dass gerade das, was verboten wird, besondere Neugier erregt. Bücher und Zeitungen, die DDR-Zensoren in den «Giftschrank» verbannten, waren bei Lesern heiß begehrt. Für beide deutsche Staaten galt, dass sie Bildungsbarrieren abflachten und Kindern aus Arbeiter- und Migrantenfamilien den Besuch höherer Schulen ermöglichten. Wer Wissen demokratisiert, ebnet Neugier den Weg.

NOSTALGIE


NOSTALGIE

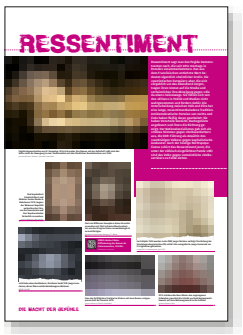
Wer kennt ihn nicht, den nostalgischen Satz «Früher war alles besser»? Je stressiger sich die Gegenwart anfühlt, desto größer wird die Sehnsucht nach Vergangenem. Zur «Ostalgie» einiger Ostdeutscher hat sich mittlerweile eine «Westalgie» gesellt. Möbel und Mode zelebrieren den Retro- und Vintage-Look früherer Jahrzehnte, und nicht wenige Bürger verklären die Zeit vor dem Mauerfall. In der Weimarer Republik, als die Demokratie noch in den Kinderschuhen steckte, wünschten sich viele den abgedankten Kaiser und sein Reich zurück. Die Sehnsucht nach einem starken Mann an der Spitze des Staates war weit verbreitet. 1925 fand sie Ausdruck in der Wahl des Weltkriegsgenerals Paul von Hindenburg zum Reichspräsidenten, 1933 erfüllte sie sich im Weltkriegsgefreiten Adolf Hitler. Zumindest diese Sehnsucht scheint heute nicht mehr mehrheitsfähig zu sein. Die Aussage «Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert» findet nur noch bei einer Minderheit Anklang.

DIE MACHT DER GEFÜHLE

Pegida-Demonstration am 22. Dezember 2014 in Dresden. Das Banner mit der Aufschrift «Wir sind das Volk» stellt die Bewegung in eine Traditionslinie mit den friedlichen Revolutionären von 1989.
picture alliance / Reuters / Hannibal Hanschke

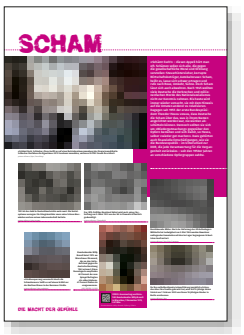
«Schämt Euch, Schlecker-Clan» heißt es auf einer Betriebsratsversammlung der Drogeriemarktkette Schlecker. Nachdem die Eigentümer 2012 Insolvenz anmelden, verlieren 20.000 Frauen ihre Arbeit.
picture alliance / dpa / Arno Burgi

RESSENTIMENT

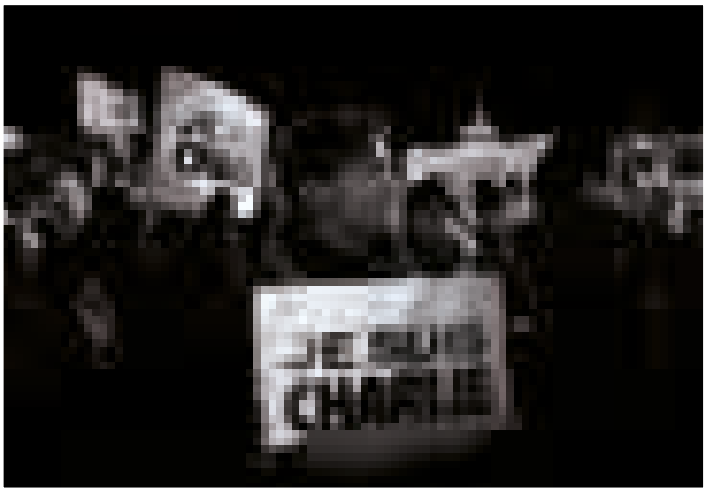


Ressentiment sagt man den Pegida-Demonstranten nach, die seit 2014 montags in Dresden zusammenkommen. Das aus dem Französischen entlehnte Wort bedeutet eigentlich «heimlicher Groll». Die «patriotischen Europäer» aber, die sich vorgeblich um das Abendland sorgen, tragen ihren Unmut auf die Straße und verheimlichen ihre Abneigung gegen «die da oben» keineswegs. Sie fühlen sich von den «Eliten» in Politik und Medien nicht wahrgenommen und fordern Gehör. Die Unterscheidung zwischen Volk und Elite hat eine lange, ressentimentbeladene Tradition. Antidemokratische Parteien von rechts und links haben fleißig daran gearbeitet: Sie haben Vorurteile bestärkt, Rachegelüste angefeuert und ihnen die Richtung gezeigt. Der Nationalsozialismus gab sich als «Volkes Stimme» gegen «Volksverderber» aus, die DDR-Führung als Anwältin des «werktätigen Volkes» gegen kapitalistische Ausbeuter. Auch der heutige Rechtspopulismus schürt das Ressentiment jener, die unter der völkisch eingefärbten Parole «Wir sind das Volk» gegen vermeintliche «Volksverräter» zu Felde ziehen.

SCHAM



«Schämt Euch!» – diesen Appell hört man oft. Schämen sollen sich alle, die gegen die gesellschaftliche Moral und Ordnung verstoßen: Steuerhinterzieher, korrupte Wirtschaftsbetrüger, Autobahnraser. Scham, heißt es, lasse sich schwer ertragen und rufe nach Reue, Umkehr, Sühne. Doch Scham lässt sich auch abwehren. Nach 1945 wollten viele Deutsche die Verbrechen und millionenfachen Morde des Nationalsozialismus nicht zur Kenntnis nehmen. Bis heute wird immer wieder versucht, sie mit dem Hinweis auf die Untaten anderer zu relativieren. Dagegen sah 1955 der erste Bundespräsident Theodor Heuss voraus, dass Deutsche die Scham über das, was in ihrem Namen angerichtet worden war, nie würden abschütteln können. Dennoch sollten sie sich um «Wiedergutmachung» gegenüber den Opfern bemühen und sich damit, so Heuss, selber «wieder gut machen». Dazu gehörten auch finanzielle Entschädigungen, wie sie die Bundesrepublik – im Unterschied zur DDR, die jede Verantwortung für die Vergangenheit zurückwies – seit den 1950er Jahren an verschiedene Opfergruppen zahlte.



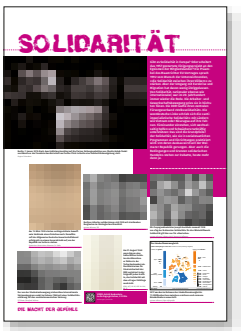
Berlin, 7. Januar 2015: Nach dem tödlichen Anschlag auf die Pariser Zeitungsredaktion von *Charlie Hebdo* findet am Abend vor der französischen Botschaft am Pariser Platz in Berlin eine Solidaritätskundgebung statt.

Regina Schmeken

«Wir sind stolz auf Euch» heißt es auf der Berliner Fanmeile bei der Fußballweltmeisterschaft 2006.

picture alliance / dpa / Marcel Mettelsiefen

SOLIDARITÄT



Gibt es Solidarität in Europa? Oder scheitert das 1957 gestartete Einigungsprojekt an den Egoismen der Mitgliedsländer? Die Präambel des Maastrichter EU-Vertrages sprach 1992 vom Wunsch der Unterzeichnenden, «die Solidarität zwischen ihren Völkern» zu stärken. Aber der Umgang mit Eurokrise und Migration hat davon wenig übriggelassen. Von Solidarität, nationaler ebenso wie internationaler, war im 20. Jahrhundert immer wieder die Rede. Die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung pries sie in höchsten Tönen. Die DDR taufte ihren zentralen Fürsorgeverband «Volkssolidarität». Die westdeutsche Linke schrieb sich die «antiimperialistische Solidarität» mit Ländern wie Vietnam oder Nicaragua auf ihre Fahnen. Füreinander einstehen, sich wechselseitig helfen und Schwächere tatkräftig unterstützen: Das sind die Grundpfeiler der Solidarität, wie sie in sozialstaatlichen Programmen und Einrichtungen praktiziert wird. Um deren Ausbau wird seit der Weimarer Republik gerungen. Aber auch die Bedingungen und Grenzen solidarischen Handelns stehen zur Debatte, heute mehr denn je.

STOLZ

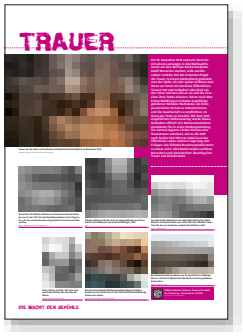
Das Sommermärchen 2006 gab den Deutschen einen Grund, stolz zu sein, obwohl die eigene Mannschaft im Halbfinale ausschied. Hier löste sich der sprichwörtliche Knoten: Weltoffenheit und Gastfreundschaft gingen Hand in Hand mit schwarz-rot-goldenen Fahnenmeeren. Stolz auf die eigene Nation verbat sich nach den Verbrechen der NS-Zeit fast von selbst. Stolz verlagerte sich ins Private, Individuelle: Hausfrauen waren stolz darauf, ihre Wohnungen makellos sauber zu halten, Arbeiter waren stolz auf die Wertarbeit «made in Germany». Als die SPD 1972 mit dem Slogan «Deutsche, wir können stolz sein auf unser Land» in den Wahlkampf zog, stellte Willy Brandt klar, dass damit der «Stolz auf das Ergebnis unserer harten Arbeit» gemeint war. Weil die DDR vorgab, radikal mit der nationalen Geschichte gebrochen zu haben, tat sie sich auch mit dem Stolz leichter: Ihre Bürger sollten stolz sein auf die Errungenschaften des «sozialistischen Vaterlandes», dessen antifaschistische Vorkämpfer und die Waffenbrüderschaft mit der Sowjetunion.

DIE MACHT DER GEFÜHLE

Trauer um die Toten und Verletzten am Berliner Breitscheidplatz im Dezember 2016.
picture alliance / NurPhoto / Omer Messinger

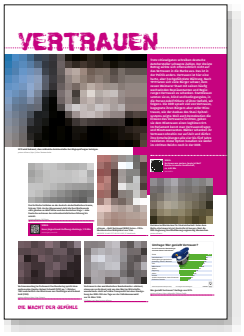
2015 wird bekannt, dass zahlreiche Autohersteller bei Abgasprüfungen betrügen.
picture alliance / dpa / Julian Stratenschulte

TRAUER



Am 19. Dezember 2016 raste ein Terrorist mit einem Lastwagen in den Weihnachtsmarkt auf dem Berliner Breitscheidplatz. Zwölf Menschen starben, viele wurden schwer verletzt. Auf das Entsetzen folgte die Trauer. In einem Gottesdienst gedachte man der Opfer, ein Jahr später widmete man ihnen am Tatort ein Denkmal. Öffentliches Trauern hat zwei Aufgaben: Abschied von den Toten nehmen und an sie und die Ursachen ihres Todes erinnern. Schon nach dem Ersten Weltkrieg errichteten Angehörige gefallener Soldaten Mahnmale, um ihren persönlichen Verlust zu dokumentieren und die Gesellschaft zu verpflichten, im Sinne der Toten zu handeln. Mit dem 1925 eingeführten Volkstrauertag wurde dieses Gedenken offiziell. Die Nationalsozialisten gestalteten ihn in einen Heldengedenktag um. Zentral regierte Länder können eine Staatstrauer anordnen, wie es die DDR nach Stalins Tod 1953 tat. Dabei kam das öffentliche Leben mehrere Tage lang zum Erliegen. Die föderale Bundesrepublik kennt so etwas nicht. Gleichwohl zeigten zahllose Menschen nach dem Berliner Anschlag ihre Trauer und Anteilnahme.

VERTRAUEN



Trotz «Dieselgate» schreiben deutsche Autohersteller schwarze Zahlen. Der dreiste Betrug wirkte sich offensichtlich nicht auf das Vertrauen in die Marke aus. Das ist in der Politik anders. Vertrauen ist hier eine harte, aber hochgefährdete Währung. Nach 1919 taten sich viele Bürger schwer, dem neuen Weimarer Staat mit seinen häufig wechselnden Repräsentanten und Regierungen Vertrauen zu schenken. Stattdessen setzten sie es, blind und bedingungslos, in die Person Adolf Hitlers: «Führer befiehl, wir folgen». Die DDR sprach viel von Vertrauen, begegnete ihren Bürgern aber voller Misstrauen, wie der Ausbau des Stasi-Spitzelsystems zeigte. Weil auch Demokratien die Erosion des Vertrauens fürchten, geben sie dem Misstrauen einen legitimen Ort. Im Parlament kennt man Vertrauensfragen und Misstrauensvoten. Wähler schenken ihr Vertrauen ohnehin nur auf Zeit und dürfen ihre Entscheidungen alle vier bis fünf Jahre revidieren. Diese Option besaßen sie weder im «Dritten Reich» noch in der DDR.

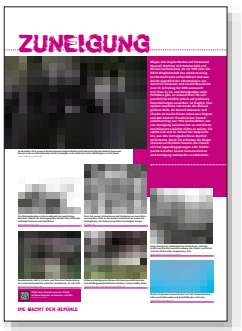
Gegner des umstrittenen Bauprojektes «Stuttgart 21» im September 2010.
picture alliance / dpa / Bernd Weißbrod

Im November 2018 erinnern Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron in der nordfranzösischen Stadt Compiègne an das Ende des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren.
Funke Mediengruppe / Reto Klar

WUT

2010 schlug die Stunde der «Wutbürger». Ihr Geburtsort war Stuttgart, wo Einwohner über lange Zeit gegen ein Bahnhofsprojekt protestierten. Dass sich Frauen und Männer fortgeschrittenen Alters lautstark gegen politische Entscheidungen wehrten, überraschte zunächst. Seit den 1960er Jahren schien Protest eine Domäne der Jungen zu sein. Doch bereits in der Weimarer Republik ließen Bürger aller Altersgruppen ihrem politischen Unmut freien Lauf, selbst wenn die «organisierte» Wut von rechts und links in den Händen und Fäusten junger Männer lag. Generalstabsmäßig organisiert waren auch die antisemitischen Pogrome des 9. November 1938, in denen sich, wie es anschließend hieß, die «kochende Volksseele» Luft gemacht habe. Unorganisiert wütend dagegen gingen im Juni 1953 DDR-Bürger gegen Lohnkürzungen und für freie Wahlen auf die Straße. Zwar taugt Wut weder zur dauerhaften Mobilisierung noch zum kompromissbereiten Dialog. Aber sie signalisiert akuten Handlungsbedarf: Mit wütenden Bürgern lässt sich weder spaßen noch Schlitten fahren.

ZUNEIGUNG

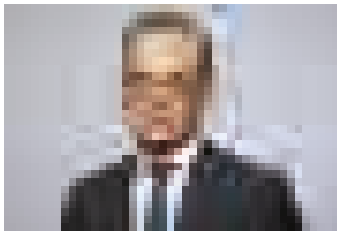


Mögen sich Angela Merkel und Emmanuel Macron? Mochten sich Helmut Kohl und Michail Gorbatschow, als sie 1990 über die NATO-Mitgliedschaft des wiedervereinigten Deutschlands verhandelten? Und was drückt eigentlich der «Bruderkuss» aus, den Erich Honecker und Leonid Breschnew zum 30. Jahrestag der DDR austauschten? Dass es Zu- und Abneigungen unter Politikern gibt, ist unbestritten. Ob sich persönliche Gefühle jedoch auf politische Entscheidungen auswirken, ist fraglich. Hier spielen staatliche Interessen die weitaus größere Rolle. Als Konrad Adenauer und Charles de Gaulle diesen Interessen folgten und den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag von 1963 aushandelten, war von Zuneigung zwischen den so verschiedenen Männern zunächst nichts zu spüren. Sie stellte sich erst im Verlauf der Gespräche ein, was den Vertragsabschluss deutlich erleichterte. Durch ihn erhielten die Bürger ehemals verfeindeter Staaten die Chance, sich bei Jugendbegegnungen oder Städtepartnerschaften besser kennenzulernen und Zuneigung zueinander zu entwickeln.

DIE MACHT DER GEFÜHLE
DEUTSCHLAND 19 | 19

Unsere Politik wird, so scheint es, zunehmend von Gefühlen bestimmt. Wir leben in Zeiten der Daueraufgeregtheit. Fakten werden durch gefühlte Wahrheiten infrage gestellt. Radikale aller Couleur finden mit einfachen Antworten auf komplexe Fragen immer mehr Zuspruch. Hier setzt die Ausstellung «Die Macht der Gefühle. Deutschland 19 | 19» an, indem sie einen emotionsgeschichtlichen Blick auf die vergangenen 100 Jahre wirft. Die Schau nimmt heutige Erscheinungsformen von 20 Emotionen zum Ausgangspunkt, um Kontinuitäten und Brüche in den Gefühlswelten zu verdeutlichen, die die vergangenen 100 Jahre prägten und deren Intensität heute Politik und Gesellschaft herausfordert.
Die Ausstellung setzt die Forderung nach einem Gegenwartsbezug historisch-politischer Bildungsarbeit konsequent um. Prägnante Texte, 140 historische Fotos und Faksimiles sowie multimediale Begleitangebote regen dazu an, sich mit der Macht von Gefühlen in Vergangenheit und Gegenwart auseinanderzusetzen.

Schirmherrschaft



AA / photothek.net

Die Ausstellung steht unter der Schirmherrschaft von Bundesaußenminister Heiko Maas

Die Herausgeberinnen

Die Stiftung «Erinnerung, Verantwortung und Zukunft» (EVZ) leistet humanitäre Hilfe für Überlebende des NS-Regimes, fördert die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und stärkt zivilgesellschaftliches Engagement mit Fokus auf Mittel- und Osteuropa.

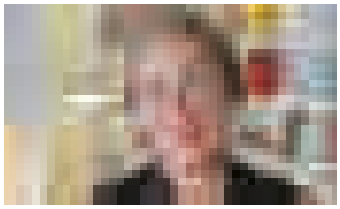
» **www.stiftung-evz.de**

Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur trägt mit ihrer Projektförderung sowie eigenen Angeboten zur umfassenden Auseinandersetzung mit den Ursachen, der Geschichte und den Folgen der kommunistischen Diktaturen in Deutschland und Europa bei.

» **www.bundesstiftung-aufarbeitung.de**

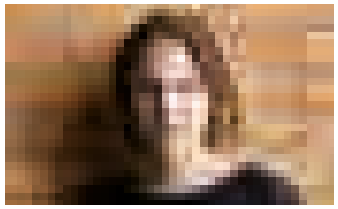
Die Autorinnen

Ute Frevert ist Historikerin und Direktorin am Berliner Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, wo sie seit 2008 den Forschungsbereich «Geschichte der Gefühle» leitet. Zuvor war sie Professorin an der Yale University, USA, sowie an den Universitäten Bielefeld, Konstanz und der FU Berlin.



David Ausserhofer

Bettina Frevert hat in Heidelberg Geschichte und Politik studiert. Anschließend arbeitete sie in einem Projekt der politischen Bildung, in dem sie mit jungen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund Fragen der Integration, Zugehörigkeit und Teilhabe in Deutschland erforschte.



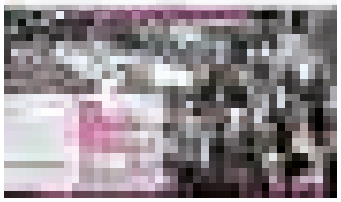
fotostudio-charlottenburg

Mehr wissen

In der Ausstellung verlinken QR-Codes auf die filmische Vertiefungsebene sowie Zeitzeugeninterviews.

Filmclips, weiterführende Lektüre und didaktische Handreichungen finden Sie auf

» **www.machtdergefuehle.de**



Realisation

Corinna Jentzsch und Annemarie Hühne von der Stiftung EVZ sowie Projektkoordinator Moritz Reininghaus und Ulrich Mählert von der Bundesstiftung Aufarbeitung haben das Ausstellungsvorhaben realisiert.

Die Gestaltung der Ausstellung übernahm der Leipziger Grafiker Dr. Thomas Klemm, deren Druck und Vertrieb die Firma Ernst Vögel Druck+Verlag, Stamsried.

Die Filmebene zur Ausstellung und das didaktische Material wurden von musealis, Weimar, entwickelt und produziert.

Die Kooperationspartner

Dank der Kooperation mit dem Auswärtigen Amt und dem Goethe-Institut steht die Ausstellung zunächst in englischer, französischer, italienischer, spanischer, russischer und arabischer Übersetzung für die Kulturarbeit im In- und Ausland zur Verfügung.

Weitere Infos finden sich auf der Ausstellungswebsite.

Auswärtiges Amt

GOETHE INSTITUT

Die Bilder

Das Titelbild der Ausstellung wurde am 6. Juli 2017, am Vortag des G20-Gipfels in Hamburg, von Regina Schmeken aufgenommen. Sie gehört zu den renommiertesten deutschen Fotografinnen. Ihre aktuelle Ausstellung beschäftigt sich mit den Tatorten des NSU.

» **www.reginaschmeken.de**

Die Herausgeberinnen danken Frau Schmeken und den Kolleginnen und Kollegen von picture alliance, Süddeutsche Zeitung Photo, bpk, Bundesarchiv und Bundespresseamt sowie den vielen anderen Institutionen und Unterstützern, die Fotos, Karikaturen und Faksimiles zur Verfügung gestellt haben.

Sie wollen diese Ausstellung zeigen? Die Ausstellung «Die Macht der Gefühle» kann von Ihnen als Posterset gegen eine geringe Schutzgebühr bestellt und im Rahmen der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit gezeigt werden.